



Außenpolitik im Abgeordnetenhaus

Nachdem sich heute in der Aktuellen Stunde **Bettina Jarasch** für die Grünen, **Ulker Radziwill** für die SPD, **Burkard Dregger** für die CDU, **Katina Schuber** für die Linke und **Georg Pazderski** für die AfD zum Thema Afghanistan geäußert haben, stellte **Holger Krestel** für die FDP die Frage, ob diese außenpolitische Diskussion nicht eher in den Bundestag gehöre. Ja, natürlich. Aber, es ist Wahlkampf.

Dass auch Berlin afghanische Ortskräfte und ihre Familien aufnimmt, ist selbstverständlich. Dazu bedarf es keiner Diskussion im Abgeordnetenhaus. Die Aufarbeitung, wie erfolgreich die Evakuierung aus Afghanistan tatsächlich war, wird nach der Wahl, vermutlich in einem Untersuchungsausschuss erfolgen. Für jeden geretteten Afghanen hat sich der Einsatz gelohnt. Dass die Ortskräfte mit der Bundeswehr gemeinsam hätten ausreisen müssen, ist unbestritten.

Nicht unerwähnt blieb in der Debatte natürlich das Abstimmungsverhalten der Linken im Bundestag, die sich bei der nachträglichen Abstimmung über das Mandat des Bundeswehreininsatzes für die Evakuierung enthielt. Die Berliner Linken-Chefin Schubert ist offenbar auch nicht glücklich mit dieser Haltung, verwies aber beschwichtigend darauf, dass man diesmal wenigstens nicht dagegen gestimmt habe. So kann man es auch sehen.

Scharf kritisiert wurde der nicht anwesende CDU-Abgeordnete **Christian Graeff**, der einen Brief an die Anwohnenden in Marzahn-Hellersdorf geschrieben haben soll, in dem er ihnen anbot, sie bei einer Klage gegen die Reaktivierung von zwei stillgelegten Flüchtlingsunterkünften zu unterstützen. Zuvor hatten Senat und Bezirk die Anwohnenden informiert. Die Aktion von Herrn Graeff ist kein Empfehlungsschreiben für eine mögliche Koalition mit der SPD.

Die AfD, über deren Motive man sich nicht unterhalten muss, thematisierte einen Bericht der BILD-Zeitung vom 28. August, wonach nur ein Bruchteil der geretteten afghanischen Staatsbürger tatsächlich Ortskräfte seien. BILD beruft sich auf „eine Schaltkonferenz zwischen Innenministerium, Auswärtigem Amt und weiteren Behörden. Demnach waren von knapp 3.600 Afghanen, die seit dem 17. August ausgeflogen wurden, nur rund 100 Ortskräfte, dazu ca. 370 Familienangehörige.“ Das allein ist nicht zu kritisieren, denn angesichts der chaotischen Verhält-

nisse auf dem Flughafen ging es darum, so viele Menschen wie möglich auszufliegen.

Am 30. August legte BILD nach und stellte die Frage, „Wen haben wir da eigentlich gerettet?“ „Innenminister **Horst Seehofer** (CSU) erklärte, dass drei ausgeflogene Afghanen gefälschte Dokumente hatten, vier sogar schon einmal als Straftäter aus Deutschland abgeschoben wurden. Zwei von ihnen sind Vergewaltiger. Immerhin: Bislang wurde unter den Afghanen keiner ausgemacht, der unter Terrorverdacht stehe.“ Sollten diese Angaben, die sich auf den Innenminister berufen, tatsächlich stimmen, kann ja wohl davon ausgegangen werden, dass sich diese Menschen in vergitterten Unterkünften befinden. Verständnis muss man wohl dafür haben, dass diese Identitätsprüfungen nicht am Flughafen stattfinden konnten.

Dass die AfD diesen Vorgang thematisiert, ist nun mal ihr Kerngeschäft. Damit jedoch die Rettungsaktion insgesamt zu desavouieren, geht zu weit. Geklärt werden muss, wie diese Menschen die notwendigen Dokumente vorlegen konnten. Und mit dieser Prüfung kann man nicht bis nach den Wahlen warten.

Es ist ein schmaler Grat zwischen Informationspflicht der Medien und Stimmungsmache. Wie sagte kürzlich **Georg Streiter**, ehemaliger BILD Politik-Chef und stellvertretender Regierungssprecher von **Angela Merkel**: „Es ist ein Verdienst der BILD-Zeitung, dass sie AfD-Politiker nie groß rausbringt, aber sie sprechen die Sprache der AfD.“

Ed Koch